

23.5 BAU- UND RAUMENTWICKLUNGSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
7.6	Die Gefahrenkarten und Gewässerräume sind in der Nutzungsplanung festgelegt.	RPT 95, 97
	Projektierung und Ausführung von Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren werden gemäss Masterplan ausgeführt.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
	Die Gefahrenkarte ist im Interventionsbereich angepasst und umgesetzt.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
7.6	Die Richtlinien für die Berücksichtigung der Naturgefahren in Planung und Bewilligung sind erarbeitet.	RPT 95
	Die Richtlinien Bauen in Gefahrengebieten, eingeschlossen Umsetzung seismische Mikrozonierung, sind erstellt.	
9.2	Die priorisierten Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt.	
	Die Umsetzung des Richtplans, eingeschlossen Teilrevision BauG, ist gemäss Aktionsprogramm gestartet.	
9.3	Die im Richtplan ausgeschiedenen Schutz- und Nutzungsplanungen werden rechtlich gesichert.	
	Die Naturschutzverordnung ist revidiert und in Kraft gesetzt.	RPT 47
	Die Schutz- und Nutzungsplanung in der Moorlandschaft Glaubenberg ist vom Kantonsrat genehmigt.	RPT 47
	Die Schutzwaldkartierung nach den neuen Richtlinien des Bundes liegt vor.	RPT 62

10.1	Die öffentliche Verkehrserschliessung ist schrittweise verbessert.	
	Der integrale Tarifverbund ist auf den Fahrplanwechsel 2008 (Dezember 2007) eingeführt.	
10.3	Die Infrastruktur des Individualverkehrs ist programmgemäss ausgebaut.	
	Die Hauptarbeiten am Nationalstrassentunnel A8, Umfahrung Lungern, sind gestartet.	
	Die Kantonsstrassen-Zufahrt Engelberg ist über die definitiv erstellte Brücke wieder langfristig gesichert.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
13.3	Funktionale und zweckmässige Bauten und Anlagen unterstützen die optimale Aufgabenerfüllung.	
	Der Rathaus-Umbau ist abgeschlossen.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
	Neubau Kantonsschule und Mehrfachturnhalle: Der Wettbewerb mit Projektierung ist abgeschlossen.	Folgemassnahme Hochwasser 2005

Weitere Jahresziele 2007 des Departements		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Die Organisation der Umsetzung des NFA ist mit Programmvereinbarungen sichergestellt.	

60 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist überdies der departementsinterne Rechtsdienst angegliedert.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	464	483	446			
Ertrag	1	13	4			
Nettoaufwand	463	470	442	446	449	453
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

61 Hoch- und Tiefbauamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen. Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten. Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Sie ist auch zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Zur Abteilung Hochbau gehören weiter die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht.

2 Gesetzliche Grundlagen

Baugesetzgebung (GDB 710.1 und 710.11)

Strassenverordnung (GDB 720.11)

Kantonsstrassengesetz (GDB 720.3)

Strassenbeitragsverordnung (GDB 720.31)

Vollzugsverordnung zum BG über die Nationalstrassen (GDB 720.51)

Vollzugsverordnung zum BG über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

3 Finanzen

In Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	26'917	33'231	28'323			
Ertrag	25'170	33'170	27'542			
Nettoaufwand	1'747	61	781	2'790	2'804	2'818
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	41'274	43'081	54'947			
Einnahmen	31'772	24'414	48'883			
Nettoinvestitionen	9'502	18'667	6'064	9'648	11'336	14'905

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6102. 438.00	Strassenbau Eigenleistungen zu Lasten der einzelnen Projekte (Investitionsrechnung)		850		920
6120. 311.40	Betrieblicher Strassenunterhalt Fahrzeuge und Geräte: Ersatzanschaffung Liefer- wagen und Aufsatzstreuer mit Nasssalzvorrich- tung	187		192	
312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen (Tunnel usw.)	400		400	
313.10	Einbau- und Ersatzmaterial Strasse	110		110	
313.25	Materialien Winterdienst	90		90	
313.40	Treibstoffzoll	110		120	
313.45	Betriebskosten für Fahrzeuge und Geräte	65		70	
314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst	250		250	
314.23	Leistungen durch Dritte, Behebung von Unwetter- schäden	230		200	
314.24	Leistungen durch Dritte: Übrige Leistungen	275		275	
318.80	Gebühren durch Dritte. Entsorgung	83		83	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen, vorallem A8 Ein- nahmen (Kabeltrassevermietung, Mobilfunk usw.)		60		84
434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen		66		80
434.05	Rückvergütung Dritter für Treibstoffe		68		73
434.17	Rückvergütung aus Unfallschäden		85		85
438.00	Eigenleistungen zu Lasten der Bauprojekte, vor allem A8 Lungern, A8 Giswil Nord – Ewil und A8/A2 Kirchenwaldtunnel		300		375
460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8		2 164		2 164
6122. 314.00	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Strassenunterhalt, u.a. Brünig- und Schwanderstrasse	1 500		1 000	
314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8 gemäss sep. Liste Kostenplanung baul. Unterhalt UplaNS 2006 – 2016 (ASTRA 2005)	8 954		6 727	
460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8, siehe 314.08, Bundesbeitrag 97 %		8 685		6 525

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6140.	Hochbauten				
312.00	Heizung, Strom, Wasser (Preiserhöhung Heizöl)	520		550	
313.00	Reinigungs- und Verbrauchsmaterialien	55		60	
314.10	Wartung durch Dritte	120		120	
314.30	Baulicher Unterhalt. Unterhaltsarbeiten an 26 kantonalen Gebäuden gemäss sep. Liste	800		800	
316.00	Büro- und Raummiete: Anteil Hochwasser 2005 bedingte Mieten (Provisorium Traglufthalle, Container, Staatskanzlei usw.) rund Fr. 600 000.–	250		845	
316.20	Baurechtszins	110		110	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen, gemäss sep. Liste		520		510
434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen		200		120
462.00	Gemeindebeiträge (Turnhalle, Gymnasium)		130		135
6145	Energie, kostenneutral, keine besonderen Aufgabenschwerpunkte				
6146	Wasserzinsen, kostenneutral, keine besonderen Aufgabenschwerpunkte				
6148	Wärmeverbund, kostenneutral				

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6122.	10.1	Baulicher Strassenunterhalt		
314.00		Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen	1 500	
314.08		Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse	6 727	
460.08		Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8		6 525
614	13.3	Hochbau		
6141		Rathaus Sarnen, Fertigstellung Umbau	2 080	
6144		Polizeigebäude, Projektierung/Ausbau	0	
6145 / 6154		Kantonsschule/Mehrfachturnhalle, Projektwettbewerb usw.: Versicherungsleistungen Hochwasser 2005: - 8 000 Rücklage von Versicherungsleistungen für Ersatz-Bau	850 7 150	8 000
6146		BWZ Obwalden, Bau 2006 abgeschlossen, nachträglich Bundesbeitrag an Ausbau 2006	0	2 000
6147		BWZ Obwalden, Schule Giswil	200	
6149		Verwaltungsgebäude Hostett: Umbau Hauswartwohnung/Neumöbelierung/zweite Etappe MSRL-System	500	
6151		Historisches Museum, Projektierung	250	240

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6152		Kantonsbibliothek	30	
6153		Altes Gymnasium	430	
6173		Kantonsspital, Machbarkeitsstudie	300	
6845.	10.1	Kantonsstrassen		
501.12		Nordstrasse Sarnen, Projektierungsstart Kreuzung Militärstrasse	40	
501.21		Melchtalerstrasse, Unwetter 05, Wiederinstandsetzarbeiten	150	
501.22		Kernmattstrasse, Unwetter 05 Wiederinstandsetzarbeiten	500	
501.50		Brünigstrasse Giswil, Fertigstellung Kreisel Rudenz	150	
501.70		Engelbergerstrasse, Unwetter 95 Brückenersatzbau	5 500	
501.80		Lärmschutz, Fortsetzung Sanierungsprogramm	300	
660.00		Bundesbeiträge: Lärmschutz 180; Engelbergerstrasse 3465		3 645
6846 – 6854	10.3	Nationalstrassenbau gemäss 7. langfristigen Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern: Start Hauptarbeiten – Giswil Nord – Ewil: Start Arbeiten – A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Fortsetzung Bau Verbindungstunnel, Portal Z'Matt	1 070	
6758	10.3	Radrouten Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl, Fertigstellung	550	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
6120.460.00	Betrieblicher Strassenunterhalt NFA-Übergang des betrieblichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund (Wegfall des Kantonanteils von 5% der Gesamtkosten von 2 Mio. Fr.)	- 100	- 100	- 100
6122. 314.08	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Unterhalt Nationalstrasse A8 NFA-Übergang des betrieblichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund (Wegfall des Kantonsanteils von 3 % der Gesamtkosten von ca. 3.5 Mio. Fr., siehe 460.08)	- 3 500	- 3 500	- 3 500
460.08	Bundesbeitrag baulicher Unterhalt, siehe 314.08	3 395	3 395	3 395

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
6120 506.70	10.1	Betrieblicher Strassenunterhalt Ersatzanschaffung Fahrzeuge/Maschinen		2008 2009 2010	190 220 200	
614	13.1	Hochbau				
6144		Polizeigebäude: <i>Sanierung gemäss Machbarkeitsstudie Sommer 2005 (wird z.Z. überprüft)</i> <i>Projektierung</i>		2008 2010	1 000 500	
6145 / 6154		Kantonsschule/Mehrfachturnhalle: <i>Neubau/Behebung Hochwasserschäden/Auflösung Rücklage Versicherungsleistungen</i>		2008 2009	8 050 11 600	3 550 3 600
6147		BWZ Obwalden, Schule Giswil: Verschiedene Sanierungen		2008 2009 2010	200 200 200	
6149		Verwaltungsgebäude Hostett: Brandmeldeanlage		2008	50	
6150		Staatsarchiv: Ersatz Halonanlage <i>Projektierung, Baubeginn</i>		2008 2010	150 1 000	
6151		<i>Historisches Museum, Planung</i>		2010	500	
6172/ 6173		Kantonsspital: Behandlungstrakt, Bettentrakt und Psychiatrie <i>Planungskredit Planungskredit Objektkredit</i>		2008 2009 2010	1 000 500 10 000	
6745. 501.80/ 660.00	10.1	Kantonsstrassen Lärmschutz: Fortsetzung Sanierungsprogramm Bun- desbeitrag Lärmschutz		2008 2009 2010	300 300 300	180 180 180
501.90		Verschiedene Ersatzbauten (u.a. Sarnen Nordstras- se, Kreuzungssanierung Militärstrasse, Brücke Kägiswil)		2008 2009 2010	600 600 600	
6758. 501.01		Radrouten gemäss Konzept (Projekte sind noch nicht konkretisiert)		2008 2009 2010	300 300 300	
68	10.3	Nationalstrassen				
6846 – 6854		Nationalstrassenbau gemäss 7. langfristigem Bau- programm des Bundes (Fertigstellung Netz, fällt nicht unter NFA, Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern (Bau 2005 – 2012) – Giswil Nord – Ewil (Bau 2007 – 2011) – A2/A8 Kirchenwaldtunnel Fortsetzung Bau Verbindungstunnel (Bau 2002 – 2009)		2008 2009 2010	1 538 1 396 1 487	

62 Amt für Wald und Raumentwicklung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Wald und Raumentwicklung ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd, Abwehr von Naturgefahren sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und des Verkehrs. Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, den forstlichen Förderungsmaßnahmen, dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus. Zentrale Aufgaben der Abteilung Raumentwicklung und Verkehr sind die Aktualisierung des kantonalen Richtplans, die Unterstützung kommunaler Behörden bei der Nutzungsplanung, die Koordination kantonalen Bewilligungsverfahren für Bauten ausserhalb der Bauzone, die integrale Verkehrsplanung, alle Belange des öffentlichen Verkehrs sowie die nachhaltige Sicherung des Waldareals.

2 Gesetzliche Grundlagen

Forstgesetzgebung (GDB 930.11)

Jagdgesetzgebung (GDB 651.1 und 651.11)

Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz (Naturschutzverordnung) (GDB 786.11)

Pilzschutzverordnung (GDB 786.21)

Baugesetz (GDB 710.1)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (GDB 772.1)

Gesetz über den Neubau der Steilrampe der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn (GDB 772.2)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Wasserbaugesetzgebung (GDB 740.1 und 740.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'430	9'137	12'356			
Ertrag	5'659	5'586	7'340			
Nettoaufwand	4'771	3'551	5'016	9'241	9'460	9'476
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	14'214	28'355	36'552			
Einnahmen	10'383	19'193	27'475			
Nettoinvestitionen	3'831	9'162	9'077	19'078	18'457	15'859
davon Auswirkungen NFA						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6200.	Verwaltung				
301.00	Besoldungen	1 662		1 757	
318.60	Arbeit durch Dritte	145		150	
363.00	Informatikaufwand ILZ	97		90	
431.00	Holzschlagbewilligungen		65		55
434.10	Arbeit für Dritte		245		400
6212.	Walderhaltung				
364.00	Kantonsbeiträge	215		86	
6214.	Waldentwicklung				
318.60	Arbeiten durch Dritte	65		60	
364.00	Kantonsbeiträge	81		81	
460.00	Bundesbeiträge		43		40
6218.	Natur und Landschaft				
318.60	Arbeiten durch Dritte	150		140	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	30		30	
366.00	Ökologische Ausgleichszahlungen	160		150	
460.00	Bundesbeiträge		170		120
6219.	Jagd				
411.00	Anteil Patente und Gebühren		290		260
6226.	Naturgefahren				
318.60	Arbeiten durch Dritte	110		100	
410.00	Wasserrechte/Konzessionsgebühren		70		70
460.00	Bundesbeiträge		65		70
6231.	Raumentwicklung und Verkehr				
310.00	Planerstellung, Berichte	130		150	
318.60	Arbeiten durch Dritte	30		200	
6232.	Baukoordination				
431.00	Gebühreneinnahmen		90		90
6233.	Verkehrsplanung				
318.60	Arbeit durch Dritte	125		45	
364.00	Beiträge gemeinwirtschaftliche Leistungen	1 082		1 545	
6290.	Unwetter OW (Gefahrenabwehr)				
318.63	Arbeiten durch Dritte: Naturgefahren	160		3 180	
460.00	Bundesbeiträge		45		2 030

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6212. 564.00		Sanierung bestehender Basisstrassen für Alp- und Waldwirtschaft	493	
6216. 564.00	7.6	Investition zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr nach Waldgesetz	231	
6214. 564.00	7.6	Schutzwaldprojekte	468	
6226. 564.00		Hochwasserschutz (IP) Westl. Sarnersee, Wildbäche (WSSW), Kleine Schliere usw.	2 692	
6290. 564.01 564.02	7.6	Kantonsbeiträge: Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr: Priorisierung gemäss Risikoanalyse nach WaG	368	
		Hochwasserschutz nach Unwetter 2005	1 776	
6226. 318.60	7.6	Umsetzung Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung	35	
		Umsetzung Gefahrenkarten in der Interventionsplanung	50	
6233. 564.02 564.11 564.12 564.15	10.1	Verkehrsplanung		
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 480 (Engelberg)	2 213	
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 470 (Brünig)	213	
		Sanierung Bahnübergänge zb Zentralbahn 470 + 480	280	
		Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralbahn 470 + 480	270	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
6233 364.00	Verkehrsplanung Beiträge an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen	1 060	1 264	1 264

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
6212. 564.00	7.7	Strukturverbesserungen Wald		2008 2009 2010	148 102 136	
6214. 564.00	7.7	Schutzwaldpflege		2008 2009 2010	1 481 1 430 1 466	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	1 122 1 079 1 098	
6216. 564.00	7.6	Gefahrenabwehr, insbesondere: Massnahmen in Einzugsgebieten Freiteil, Ramers- berg, Kägiswil, St. Niklausen/Melchtal, Grosse Schliere, Pilatusbäche, Lungerebäche/kleines Melchtal, Rufibach, Grossteilerbäche, Giswiler Laui		2008 2009 2010	1 015 729 630	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	664 479 409	
6226. 564.xx	7.6	Hochwasserschutz (IP): Westliche Sarnersee Wildbäche, Melchaa, Sarneraa, Bitzighoferbäche, Mel-/Rübibach, Sigetsbach, Edis- riederbach, Sigschwandbach/ Leimerengraben, Grosse und Kleine Schliere, Tschachenbach, Laui Giswil, Reusswehr		2008 2009 2010	6 358 3 915 1 281	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	3 790 2 435 707	
6290. 564.02 ff.	7.6	Gefahrenabwehr, insbesondere: Sofortmassnahmen Hochwasserkatastrophe 05, Sarneraa (Sarnersee bis Alpnachersee), Grosse Melchaa, Kernmattbach, Acherlibach, Giessenbach, Dürnbach, Engelberger Aa (Talboden)		2008 2009 2010	6 087 6 348 7 624	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	2 995 2 938 3 110	
6233. 564.02	10.1	Verkehrsplanung				
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 480 (Engel- berg)	2006 2007	2008 2009 2010	3 050 1 711 960	
564.12		Sanierung Bahnübergänge zb Zentralbahn 470 + 480	2007	2008 2009	617 510	
564.15		Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralbahn 470 + 480	2007	2008 2009 2010	435 3 825 3 825	

24 Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2010

Die neue Amtsdauerplanung (APL) 2006 bis 2010 bzw. die notwendige Schwerpunktbildung wirken sich auch auf die Gesetzgebung aus. Die Verschiebungen und Ergänzungen gegenüber dem bisherigen rollenden Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2009 wurden im vorliegenden neuen Programm für die Jahre 2006 bis 2010 integriert:

Erlasse und interkantonale Vereinbarungen nach departementaler Zuständigkeit	Vorgesehenes Verabschiedungs- jahr im Regie- rungsrat zuhnden Kantonsrat	Bezug zu Strat. Leitidee bzw. Massnahme APL
<u>1. Landammannamt/Staatskanzlei</u>		
Gesetz über die Bereinigung der amtlichen Gesetzessammlung (Bereinigungsgesetz II)	2006	–
<u>2. Finanzdepartement</u>		
Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege	2006	17
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2007	13.2
Nachtrag zur Personalverordnung (Ausbau wirkungs- orientierte Verwaltungsführung)	2007	13.2
Gesetz über die Umsetzung der NFA (Mantelerlass)	2007	15.1/17.1
Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung an Änderun- gen des Bundesrechts, wie StHG, Partnerschaftsgesetz usw.)	2007	16/13.5
Nachtrag zum Steuergesetz (u.a. Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbesondere Unter- nehmenssteuerreform II)	2008	16.2
Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung Tarif, Steuer- strategie 2. Schritt)	2008	16.2
<u>3. Sicherheits- und Gesundheitsdepartement</u>		
Mantelerlass zur Umsetzung des Partnerschaftsge- setzes	2006	13.5
Neue Feuerschutzgesetzgebung	2006	7.3
Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Erweiterung des Aufgabenbereichs, Familienfragen)	2007	6.1

Nachtrag zur Verordnung über Beiträge an Kinder- und Jugendheime sowie an Behinderteneinrichtungen (Umsetzung NFA) (in Verbindung mit ZRK-Projekt)	2007	4.1/15.2
Nachtrag zur Jugendhilfegesetzgebung (familien-ergänzende Kinderbetreuung)	2007	6.1
Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB)/Vollzug der Nachbesserung des Bundes	2007	7.4
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Anpassen der Datenschutzbestimmungen an Schengen/Dublin)	2007	7.4
Neue Gesetzgebung zur Umsetzung der DNA-Profil-Gesetzgebung des Bundes	2007	7.4
Neues Hundegesetz	2007	7
Kantonales Strassenverkehrsgesetz/Verordnung über die Schifffahrt/Gesetz über die Strassenverkehrssteuern/Interkantonale Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Strassenverkehrssteuern in den Kantonen Obwalden und Nidwalden (Vereinbarung Strassenverkehrssteuern)	2007	15.3
Neues Polizeikonkordat Zentralschweiz	2007/2008	7.1/15.2
Interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Obwalden und Nidwalden	2008	5.1
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Luzern, Obwalden und Nidwalden	2008	5.1
Nachtrag zur Tierseuchengesetzgebung	2008	5.4
Nachtrag zur Bürgerrechtsgesetzgebung (Anpassung an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes)	2008	7.4
Anpassung der Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege an die Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidg. StPO und ZPO)	2008/2010	7.4
Neue Gesundheitsgesetzgebung, insbesondere: – Spitalverordnung – Verordnung über Berufe der Gesundheitspflege – Heilmittelgesetzgebung – Betäubungsmittelverordnung – Verordnung über die Patientenrechte – Verordnung über die Badeanstalten – Verordnung über Friedhöfe und Bestattungen	2009	5.4
Neue Gesetzgebung über die Kantonspolizei	2009	7.1

Neue Gesetzgebung über die Registerharmonisierung zur Durchführung einer registergestützten Volkszählung 2010	2009	7.4
<u>4. Volkswirtschaftsdepartement</u>		
Interkantonale Vereinbarung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	1.4
Nachtrag zum Gesetz und zur Verordnung über die regionale Wirtschaftspolitik (neue Regionalpolitik)	2007	1.2
Verordnung zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	2007	13
Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (Nachtrag Fusionsgesetz und Anpassung Gebührenansätze)	2007	17
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	2007	1
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Asylgesetz (Anpassung an das revidierte Asylgesetz)	2007	1
Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz (Umsetzung AP 2011 und NFA)	2007	2.2
Nachtrag zum Tourismusgesetz (Tourismusförderungsabgabe in touristischen Schwerpunktgebieten)	2007	3.2
Nachtrag zum Ruhetagsgesetz	2007	7
Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung	2007	9
Nachtrag zur Ölwehrverordnung	2007	9
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (in Mantelerlass zur NFA)	2007	15
Gesetzgebung über Ergänzungsleistungen (NFA-Umsetzung, ZRK-Projekt)	2007	6.2/17.1
Gesetz über die Wohnbausanierung	2007	6/2
Umsetzung des Bundesgesetzes über die Geoinformation	2009	13

5. Bildungs- und Kulturdepartement:

Lehrpersonenverordnung	2007	4.4
Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV)	2007	4
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung (HFSV)	2007	4
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Umsetzung NFA)	2007	12.2
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule(HARMOS)	2007/2008	4/15.1
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich	2007/2008	4.1
Nachtrag zum Bildungsgesetz (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	2008	4.1
Nachtrag zur Volksschulverordnung (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	2008	4.1
Sportverordnung (Überarbeitung)	2008	12
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	2008	12.2

6. Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur Sicherheit des Sarneraataals	2006	7.6
Nachtrag zum Baugesetz (Bauen ausserhalb der Bauzone/nicht landwirtschaftlicher Nebenbetrieb)	2007	8
Nachtrag zur Naturschutzverordnung	2007	9.3
Strassengesetz und Strassenverordnung	2007	10
Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen	2007	10
Nachtrag zum Baugesetz (Anpassungen im Zusammenhang mit der Richtplanung)	2008	8.1/8.2
Kantonales Waldgesetz (Ablösung Forstverordnung)	2009	2.4

3 Staatsvoranschlag 2007

31 Grundannahmen und -vorgaben

In den Staatsvoranschlag werden nach Massgabe von Art. 40 der Kantonsverfassung (GDB 101) die gebundenen und die im finanziellen Zuständigkeitsbereich von Kantonsrat und Regierungsrat frei bestimmbaren Aufwendungen aufgenommen. Es sind auf Grund von Art. 32 der Finanzhaushaltsverordnung (FHV; GDB 610.11) auch Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt, die sich aus vorgesehenen Gesetzesvorlagen und Kreditbeschlüssen ergeben. Nach Art. 32 Abs. 2 FHV bleiben diese Voranschlagskredite aber bis zur Bewilligung durch die zuständige Instanz gesperrt. Bei der Budgetierung der Erträge wird auf die bisherigen Einnahmen und ihre voraussichtliche Entwicklung abgestellt.

Zu beachten ist auch die Sicherung des Haushaltsgleichgewichts nach Art. 26a des Staatsverwaltungsgesetzes (StVG; GDB 130.1). Eine Mehrausgabe oder Saldoverschlechterung gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Regierungsrats bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder (nicht nur der anwesenden) des Kantonsrats.

Als wichtige Beschlüsse und Annahmen liegen dem Voranschlag 2007 zu Grunde:

- Staatssteuerfuss laut Art. 2 Abs. 3 des Steuergesetzes (GDB 641.4) mit 2,95 Einheiten;
- Finanzkraft von 30 Punkten bei den zweckfreien Bundesbeiträgen und beim Finanzausgleich;
- Globalkredit an die Betriebsrechnung des Kantonsspitals Obwalden von 14,6 Millionen Franken sowie von 1,5 Millionen Franken an Investitionen;
- Lohnsummenentwicklung für die generelle sowie individuelle Lohnentwicklung von 2,2 Prozent;
- Leistungsprämien von 0,2 Prozent.

311 Personalpolitische Überlegungen

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich wesentlich verbessert. Sowohl Kanton als auch Gemeinden konnten gute Rechnungsabschlüsse präsentieren. Die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber aber haben an Attraktivität auf Stellensuchende in den vergangenen zwei bis drei Jahren eingebüsst. Die staatlichen Institutionen bauten in der Vergangenheit laufend personalrechtliche Vorzüge gegenüber der Privatwirtschaft ab und verlieren so ihre Wettbewerbsstärke auf dem Arbeitsmarkt. Es wird in Zukunft viel schwieriger werden, die «Besten» für eine Stelle beim Staat begeistern zu können.

Auf Grund dieser Tatsache und aller für die Lohnerhöhung per 1. Januar 2007 relevanten Indikatoren und auch der Feststellung, dass sich das Lohnwachstum in den letzten Jahren gegenüber der Privatwirtschaft unterdurchschnittlich entwickelt hat und die Löhne bezüglich Teuerung immer noch um 3,56 Prozent im Minus stehen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat eine generelle Lohnerhöhung von 1,0 Prozent und eine individuelle, leistungsorientierte von 1,2 Prozent.

Bewilligter Stellenplan

	Verwaltung	Schulen	insgesamt ohne Gerichte	Gerichte
Voranschlag 1993	264.29	36.56	300.85	
Voranschlag 1994	265.29	43.19	308.48	
Voranschlag 1995	268.32	43.39	311.71	
Voranschlag 1996	273.42	43.39	316.81	
Voranschlag 1997	255.30	51.24	306.54	9.60
Voranschlag 1998	254.24	52.72	306.96	9.60
Voranschlag 1999	253.00	52.02	305.02	10.10
Voranschlag 2000 1)	251.97	62.19	314.16	10.10
Voranschlag 2001 2)	279.32	60.86	340.18	10.10
Voranschlag 2002	287.55	61.15	348.70	10.10
Voranschlag 2003 3)	272.85	61.99	334.84	10.60
Voranschlag 2004	274.29	65.80	340.09	10.60
Voranschlag 2005	273.43	69.58	343.01	10.60
Voranschlag 2006	279.51	74.58	354.09	11.45
Veränderungen:	4.60	1.33	5.93	0.00
Voranschlag 2007	284.11	75.91	360.02	11.45

1) Neuzuteilung der Landwirtschaftlichen Schulen

2) Die Zentralisierung der Steuerverwaltung bedingt eine Aufstockung um 21 Stellen

3) Reorganisation von 7 auf 5 Departemente und Ausgliederung Afl und StVA

Zwischen dem Voranschlag 2006 und 2007 wurden vom Regierungsrat in folgenden Bereichen Stellen bewilligt:

- Tiefbau (wird vom Bund gefordert; Fr. 30 000.–),
- Wasserbau (wegen der Hochwasserkatastrophe 2005; Fr. 100 000.–) und
- Zivilschutz (Übernahme der Aufgaben der Gemeinden; Fr. 110 000.–).

Zum Teil handelt es sich um vorübergehende Aufstockungen im Zusammenhang mit Nachfolgeregelungen. Im Voranschlag 2007 sind zusätzlich Stellen vorgesehen für:

- das Sozialamt (Fr. 50 000.–),
- das Handelsregister (Fr. 50 000.–) und
- den Schulpsychologischen Dienst (Fr. 50 000.–).

32 Gesamtergebnis

in 1'000 Fr.:

	Voranschlag		Rechnung
	2007	2006	2005
Laufende Rechnung (LR):			
Aufwand	268'816	262'403	256'677
Ertrag	269'146	262'256	266'840
Ordentliches Ergebnis	330	-147	10'163
ausserordentlicher Ertrag			137'366 (1)
ausserordentlicher Aufwand			27'000 (2)
Aufwandüberschuss		-147	
Ertragsüberschuss	330		120'529

Investitionsrechnung (IR):

Ausgaben	97'263	79'371	61'035
Einnahmen	79'080	48'210	44'682
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	18'183	31'161	16'353

Finanzierung:

Zunahme der Nettoinvestitionen	18'183	31'161	16'353
Abzüglich Abschreibungen	16'685	12'883	15'811
Ergebnis Laufende Rechnung	330	-147	120'529
Finanzierungsergebnis (samt Darlehen)	-1'168	-18'425	119'987

Selbstfinanzierungsgrad:

93.6% 40.9% 833.7%

- 1) Sonderausschüttung SNB aus Goldbewirtschaftung
Einmalige Substanzauszahlung SNB der Goldreserven
a.o. Substanz-Ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen

2,5 Mio. Fr.
134,7 Mio. Fr.
0,2 Mio. Fr.

- 2) Rücklage Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden (2006-2010)
Ausserordentliche Abschreibung auf Buchwert Nationalstrassen

23,5 Mio. Fr.
3,5 Mio. Fr.

Die Laufende Rechnung sieht bei einem Gesamtaufwand von 268,8 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von rund 0,3 Millionen Franken vor. Der Gesamtaufwand liegt um 6,4 Millionen Franken über dem vorgesehenen Aufwand des Jahres 2006. Die Gründe für diese Steigerung werden anhand der nachfolgenden Artengliederung erklärt.

In der Investitionsrechnung sind Gesamtausgaben von 97,3 Millionen Franken geplant. Durch die sachbezogenen Investitionseinnahmen von 79,1 Millionen Franken führt dies zu Nettoinvestitionen von 18,2 Millionen Franken. Diese Nettoinvestitionen können durch die in der Laufenden Rechnung vorgesehenen ordentlichen und ausserordentlichen Abschreibungen von zusammen 16,7 Millionen Franken und dem Ergebnis der Laufenden Rechnung fast vollumfänglich finanziert werden.

Das Finanzierungsergebnis weist für 2007 entsprechend ein Defizit von 1,2 Millionen Franken auf und der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 93,6 Prozent.

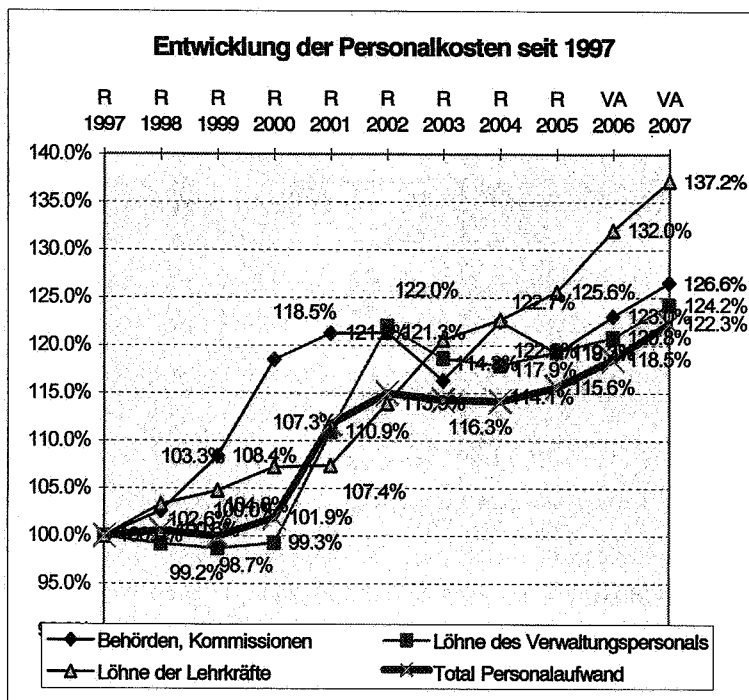
33 Laufende Rechnung

Artengliederung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2007	2006	gegenüber VA 06		
Aufwand				%	
30 Personalaufwand	47'896 ⁽³⁾	46'414	1'482	3.2%	45'280
31 Sachaufwand	29'192 ⁽⁴⁾	31'459	-2'267	-7.2%	30'518
<i>Sachaufwand ohne baulicher Unterhalt/AV93</i>	21'875	22'105	-230	-1.0%	25'268
32 Passivzinsen	2'540 ⁽⁵⁾	3'189	-649	-20.4%	3'978
33 Abschreibungen	16'685 ⁽⁶⁾	12'883	3'802	29.5%	15'810
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'800 ⁽⁷⁾	11'000	-1'200	-10.9%	3'438
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'880 ⁽⁸⁾	14'098	-218	-1.5%	12'610
36 Eigene Beiträge	66'043 ⁽⁹⁾	62'831	3'212	5.1%	57'980
37 Durchlaufende Beiträge	50'881 ⁽¹⁰⁾	49'784	1'097	2.2%	49'491
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'510 ⁽¹¹⁾	1'558	-48	-3.1%	31'208
39 Interne Verrechnungen	30'389 ⁽¹²⁾	29'187	1'202	4.1%	33'363
	268'816	262'403	6'413	2.4%	283'676
Total ohne Int. Verrechnungen	238'427	233'216	5'211	2.2%	250'313
Ertrag					
	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2007	2006	gegenüber VA 06		2005
40 Steuern	66'823 ⁽¹³⁾	64'556	2'267	3.5%	74'112
41 Regalien u. Konzessionen	20'585 ⁽¹⁴⁾	19'463	1'122	5.8%	156'711
42 Vermögenserträge	12'064 ⁽¹⁵⁾	9'201	2'863	31.1%	10'451
43 Entgelte	18'135 ⁽¹⁶⁾	20'773	-2'638	-12.7%	22'582
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	31'958 ⁽¹⁷⁾	30'510	1'448	4.7%	30'262
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'300	1'166	134	11.5%	1'369
46 Beiträge für eigene Rechnung	28'023 ⁽¹⁸⁾	27'579	444	1.6%	25'779
47 Durchlaufende Beiträge	50'881 ⁽¹⁰⁾	49'784	1'097	2.2%	49'491
48 Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	8'988 ⁽¹⁹⁾	10'037	-1'049	-10.5%	85
49 Interne Verrechnungen	30'389 ⁽¹²⁾	29'187	1'202	4.1%	33'363
	269'146	262'256	6'890	2.6%	404'205
Total ohne Interne Verrechnungen	238'757	233'069	5'688	2.4%	370'842
Ergebnis	330	-147	-477	-324.5%	120'529

3) Personalaufwand

Der Personalaufwand im Voranschlag 2007 beträgt 47,9 Millionen Franken. In diesem Betrag ist eine vorgesehene generelle und leistungsbezogene Lohnsummenerhöhung von zusammen 2,2 Prozent vorgesehen, was 0,9 Millionen Franken entspricht. Gegenüber dem Voranschlag 2006 wurden in den Bereichen, Tiefbau, Wasserbau, Zivilschutz, Handelsregister, Sozialamt und Psychomotorik die Stellen auf Grund des erweiterten bzw. grösseren Leistungsauftrages aufgestockt. Dies führt zu einer Zunahme der Lohnsumme von rund 0,5 Millionen Franken. Wie im Voranschlag 2006 sind wiederum Leistungsprämien von 0,2 Prozent (knapp 0,1 Millionen Franken) budgetiert.



4) Sachaufwand

Der Sachaufwand erfährt gegenüber dem Voranschlag 2006 einen Rückgang von 2,3 Millionen Franken (7,2 Prozent). Der Hauptgrund dieses Rückgangs ist auf den baulichen Unterhalt zurückzuführen. Der Unterhalt der Nationalstrasse A8 ist im Jahr 2007 mit 6,7 Millionen Franken um 2,2 Millionen Franken und der Unterhalt der Kantonsstrasse wird mit 1,0 Millionen Franken um 0,5 Millionen Franken tiefer budgetiert als 2006. Der bauliche Unterhalt der Nationalstrasse wird über die sachbezogenen Bundesanteile (¹⁸) Beiträge für eigene Rechnung) zu 97 Prozent finanziert. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005. Im Voranschlag 2006 wurden zur Behebung der Schäden der Kantonsliegenschaften 2,4 Millionen Franken beim baulichen Unterhalt aufgenommen. Diese entfallen im Voranschlag 2007. Dafür mussten im Bereich der Gefahrenabwehr zusätzliche 2,9 Millionen Franken für Arbeiten Dritter budgetiert werden.

5) Passivzinsen

Neben den sehr guten Finanzierungsergebnissen der letzten Jahre wirkt sich auch die 2005 erfolgte einmalige Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aus. Die mittel- und langfristigen Schulscheindarlehen können bei Fälligkeit jeweils zurückbezahlt werden (19 Millionen Franken im 2006 und 15 Millionen Franken im 2007) und führen zu tieferen Passivzinsen von 0,6 Millionen Franken.

6) Abschreibungen

Für 2007 wird mit folgenden Abschreibungen gerechnet:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Abschreibungen auf Restbuchwert gemäss Abschreibungssätzen der Finanzhaushaltsverordnung	11,5	9,3	8,7
Lineare Abschreibung Wiederherstellung Kantonsstrassen (5 Jahre)	1,5		
Ausserordentliche Abschreibung Nationalstrasse	3,5	3,5	3,5
Abschreibung für Sonderrechnung (Kantonsspital/Wärmeverbund)	0,1	0,1	3,6

7) Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten vorwiegend den innerkantonalen Finanzausgleich an die Gemeinden sowie den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerks Obwalden. Der Rückgang um 1,2 Millionen Franken ist auf den gesetzlich vorgesehenen Rückgang des Steuerstrategieausgleichs (siehe auch ¹⁹⁾ Entnahme aus Spezialfinanzierungen) zurückzuführen.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Ressourcenausgleich an Gemeinden (4,1% der Steuereinnahmen)	2,3	2,5	2,4
Lastenausgleich Schule an	1,5	1,5	
Steuerstrategieausgleich	5,3	6,3	
Anteile der Gemeinden an Reingewinn EWO	0,7	0,7	1,0

8) Entschädigungen an Gemeinwesen

Die Entschädigungen an Gemeinwesen beinhaltet hauptsächlich die ausserkantonalen Bereiche Schulgelder, Strafvollzug und Zivilschutzausbildung.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Schulgelder	13,3	13,4	11,8
Strafvollzug	0,2	0,2	0,2
Zivilschutzausbildung	0,2	0,3	0,3
Diverse	0,2	0,2	0,3

9) Eigene Beiträge

Die Eigenen Beiträge sind mit Ausgaben von über 66 Millionen Franken der umfangreichste Bereich der Laufenden Rechnung. Die Beiträge beinhalten folgende Hauptbereiche:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Globalbeitrag Kantonsspital Obwalden	14,6	14,6	13,3
Beiträge an Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	11,7	11,1	9,7
Ausserkantonale Hospitalisationen	8,4	8,4	6,2
Beiträge an AHV/IV- sowie Kinderzulagen in der Landwirtschaft	5,1	5,0	4,5
Schulheime und Sonderschulen	3,1	3,1	3,1
Beiträge an ILZ für Informatikmittel	3,0	3,2	2,8
Gemeindeanteil an Mineralölsteuer	2,4	2,1	2,4
Beiträge für Asylsuchende	2,3	2,3	2,5
Kantonsanteil an Prämienverbilligung	1,3	1,3	1,0
Verwendung der Spendengelder Hochwasserkatastrophe 2005	1,0		
Diverse Beiträge	13,1	11,7	12,5

10) Durchlaufende Beiträge

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Bundesanteil an Prämienverbilligung	16,3	15,5	15,0
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	28,2	27,2	27,0
Gemeinde-Anteile an Wasserzinsen	2,0	2,0	2,0
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	1,0	1,0	1,0
Diverse Durchlaufende Beiträge	3,4	4,1	4,5

¹¹⁾ *Einlagen in Spezialfinanzierungen*

Einlagen in Spezialfinanzierungen sind in folgenden Bereichen vorgesehen:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Rücklage Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus Reingewinn-Ablieferungen EWO und OKB	1,5	1,5	2,4
Rücklage Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus freien Mitteln			2,5
Einlage Vorfinanzierung Steuerstrategieausgleich Gemeinden			23,5
Direktspenden Hochwasserkatastrophe 2005 an den Kanton			2,4
Diverse Einlagen in Spezialfinanzierungen			0,4

¹²⁾ *Interne Verrechnungen*

Die Zunahme der Internen Verrechnungen beruht hauptsächlich auf die höhere Weiterbelastung der Verzinsung und Abschreibung von Investitionen.

¹³⁾ *Steuern*

Bei den Steuererträgen wird die Zunahme der Erträge auf folgenden Positionen erwartet (Rechnung 2005 vor Steuerstrategie):

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Einkommens- und Vermögenssteuern Natürliche Personen	52,6	51,2	58,3
Gewinn- und Kapitalsteuern Juristische Personen	3,0	2,1	4,8
Motorfahrzeugsteuern	8,3	8,3	8,1
übrige Steuerarten	2,9	3,0	2,9

¹⁴⁾ *Regalien und Konzessionen*

Der Hauptanteil bei den Regalien betrifft die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an Bund und Kantone. Gemäss der Vereinbarung des Eidgenössischen Finanzdepartements mit der Nationalbank beträgt die ordentliche Gewinnausschüttung bis 2012 2,5 Milliarden Franken. Nachdem 2005 die Substanzausschüttung erfolgte, entfällt die zusätzliche Gewinnausschüttung aus den Erträgen der nicht mehr benötigten Goldreserven.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Ordentlicher Kantonsanteil am Reingewinn der SNB von 2,5 Mrd. Fr.	16,9	15,9	15,9
Anteil an der Bewirtschaftung der Goldreserven SNB			2,6
Anteil an der Substanzausschüttung der Goldreserven SNB			134,6
Wasserrechtskonzessionen	1,6	1,7	1,6
Beiträge an Sport-Toto und Lotteriefonds	1,6	1,3	1,4
übrige Regalien und Konzessionen	0,5	0,6	0,6

¹⁵⁾ *Vermögenserträge*

Die wichtigsten Einnahmen unter den Vermögenserträgen stammen aus den Reingewinnablieferungen und Verzinsungen der Dotationskapitalien der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sowie des Elektrizitätswerkes Obwalden (EWO). Auf Grund des neuen OKB-Gesetz wird 2007 erstmals die Abgeltung der Staatsgarantie budgetiert, ebenso die Übernahme des Beitrags an das MCCS.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Obwaldner Kantonalbank (Reingewinn/Verzinsung Dotationskapital)	5,5	4,8	5,5
Obwaldner Kantonalbank (Abgeltung Staatsgarantie)	1,5		
Elektrizitätswerk Obwalden (Reingewinn/Verzinsung Dotationskapital)	1,7	1,8	2,3
Anlagen des Finanzvermögens (Zinserträge sowie Vergütungs-/Verzugszinsen)	2,6	2,0	2,0
Übrige Vermögenserträge	0,8	0,6	0,7

¹⁶⁾ *Entgelte*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Grundbuch-Gebühren	1,4	1,5	1,2
Gerichtsgebühren	0,4	0,4	0,4
Gebühren des Betreibungs- und Konkursamtes	0,7	0,8	0,9
übrige Gebühren für Amtshandlungen	1,8	1,6	1,7
Schulgelder	3,1	3,2	2,5
Übrige Benützungsgebühren und Dienstleistungen	2,1	2,2	1,9
Verkäufe	2,1	2,0	2,1
Rückerstattung (u.a. Versicherungsleistungen, Mahn-/Betreibungsk.)	1,4	4,2	6,6
Bussen	2,7	2,9	2,4
Eigenleistungen für Investitionen	1,4	1,2	1,6
Übrige Entgelte	1,0	0,7	1,4

¹⁷⁾ *Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung*

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung setzen sich hauptsächlich zusammen aus dem Kantonsanteil von 17 Prozent an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern, dem Finanzausgleich aus der direkten Bundessteuer sowie dem Kantonsanteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Kantonsanteil an vereinnahmten Bundessteuern	5,4	5,0	4,9
Eidg. Finanzausgleich	22,8	21,8	19,9
Kantonsanteil an Verrechnungssteuer	3,4	3,4	5,1
übrige Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	0,4	0,3	0,4

¹⁸⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Kantonsanteil an Mineralölsteuer	5,1	4,6	5,1
Kantonsanteil an LSVA	1,8	1,8	1,8
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge	2,4	2,5	3,0
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV	4,1	3,9	3,4
Bundesbeitrag an Betrieb und Unterhalt A8	8,7	10,8	6,3
Spenden Hochwasserkatastrophe 2005			2,4
Bundesbeiträge für Behebung Hochwasserkatastrophe 2005	2,0		
übrige Beiträge für eigene Rechnung	3,9	4,0	3,8

¹⁹⁾ *Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Entnahme Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus Reingewinn-Ablieferungen EWO und OKB	2,5	3,5	
Entnahme Vorfinanzierung Steuerstrategieausgleich Gemeinden	5,3	6,3	
Entnahme Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	1,0		
Entnahmen aus Lotterie-/Sport-Toto-Fonds zum Ausgleich der Fondsrechnung	0,2	0,2	0,1

Institutionale Gliederung

in 1'000 Fr.

Laufende Rechnung

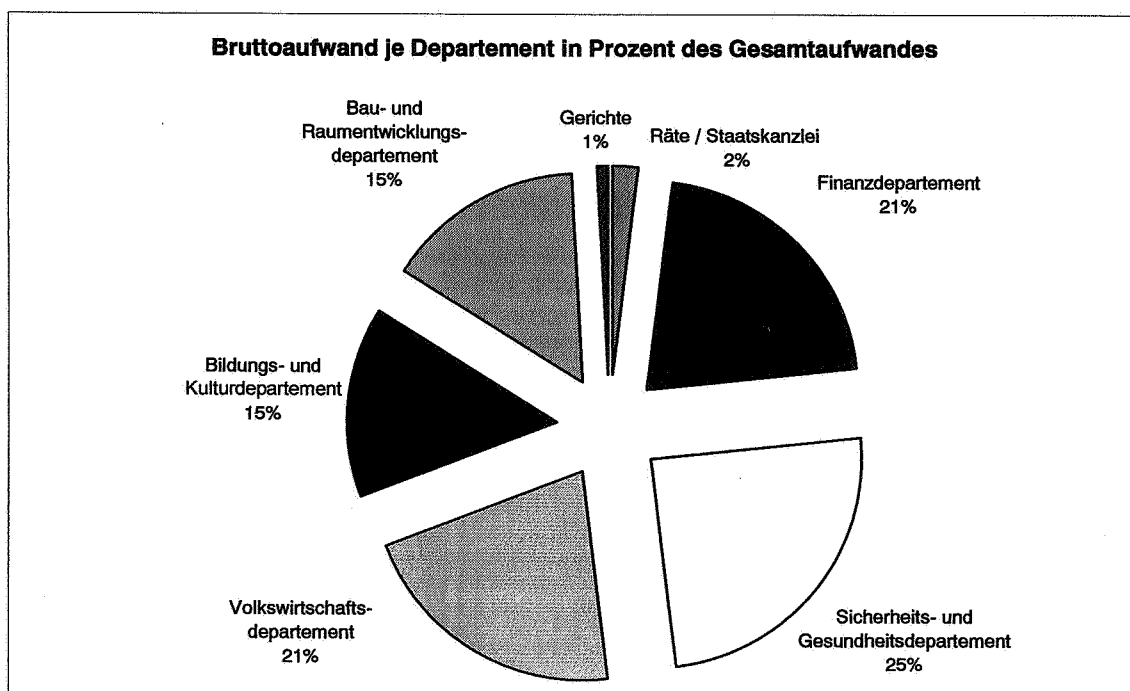
	Bruttoaufwand		Nettoaufwand		Abweichung Nettoaufwand		Nettoaufw. Rechnung
	VA 2007	VA 2006	VA 2007	VA 2006	Fr.	%	2005
Laufende Rechnung	268'816	262'404	-330	147	-477	-324.5%	-120'529
1 Räte / Staatskanzlei	5'473	5'373	4'195	4'125	70	1.7%	3'815
2 Finanzdepartement	56'937	54'127	-98'189	-94'386	-3'803	4.0%	-205'626
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	66'599	64'943	35'326	35'475	-149	-0.4%	27'203
4 Volkswirtschaftsdepartement	56'692	53'126	19'032	18'090	942	5.2%	15'562
5 Bildungs- und Kulturdepartement	39'778	39'877	31'264	31'054	210	-0.7%	29'214
6 Bau- und Raumentwicklungsdep.	41'124	42'851	6'239	4'082	2'157	52.8%	7'575
9 Gerichte	2'213	2'107	1'803	1'707	96	5.6%	1'728

Bei den Abweichungen des Nettoaufwandes fallen mit den grössten Abweichungen vor allem das Finanzdepartement und das Bau- und Raumentwicklungsdepartement sowie das Volkswirtschaftsdepartement auf.

Zum gestiegenen Nettoertrag des Finanzdepartements von 3,8 Millionen Franken tragen unter anderem die tieferen Passivzinsen ⁽⁵⁾, die höheren Steuer- ⁽¹³⁾ und Vermögenserträge ⁽¹⁵⁾ aber auch die höheren Finanzausgleichszahlungen ⁽¹⁸⁾ bei. Negative Auswirkungen sind beim Finanzdepartement vor allem durch die höheren Abschreibungen zu verzeichnen ⁽⁶⁾.

Beim Bau- und Raumentwicklungsdepartement sind die höhere Interne Verrechnungen für Abschreibung und Verzinsung der Hochbauinvestitionen auf der einen Seite sowie die höheren Aufwendungen Dritter bei der Gefahrenabwehr auf Grund der Hochwasserkatastrophe 2005 für den gestiegenen Nettoaufwand massgebend.

Die höheren Nettoaufwände des Volkswirtschaftsdepartements sind eine Folge der gestiegenen Ausgaben für die Sozialversicherungen sowie dem nun vollumfänglich finanzierten Beitrag an das MCCS in Alpnach.



34 Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung 2005
	2007	2006	gegenüber VA 06		
			Fr.	%	
Ausgaben					
50 Sachgüter	49'967 ⁽²⁰⁾	44'509	5'458	12.3%	42'895
52 Darlehen und Beteiligungen	357 ⁽²¹⁾	660	-303	-45.9%	222
56 Eigene Beiträge	10'507 ⁽²²⁾	11'327	-820	-7.2%	6'025
57 Durchlaufende Beiträge	29'282 ⁽²³⁾	22'875	6'407	28.0%	11'894
58 Vorfinanzierungen	7'150 ⁽²⁴⁾				
Bruttoaufwand	97'263	79'371	17'892	22.5%	61'036
Einnahmen					
62 Rückzahlung Darlehen Beteiligungen	866	871	-5	-0.6%	958
63 Rückerstattungen für Sachgüter	7	7			550
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					30
66 Beiträge für eigene Rechnung	48'925 ⁽²⁵⁾	24'457	24'468	100.0%	31'251
67 Durchlaufende Beiträge	29'282 ⁽²³⁾	22'875	6'407	28.0%	11'894
Ertrag	79'080	48'210	30'870	64.0%	44'683
Nettoinvestitionen	18'183	31'161	-12'978	-41.6%	16'353
52/62 Rückzahlbare Darlehen	509	211	298	141.2%	736
Nettoinvestitionen ohne Darlehen	18'692	31'372	-12'680	-40.4%	17'089

²⁰⁾ Sachgüter

Investitionen in Sachgüter	VA 2007	VA 2006	R 2005
Tiefbauten - Nationalstrasse	35,7	21,1	28,8
Tiefbauten - Kantonsstrassen (ordentlich)	1,1	1,2	0,7
Tiefbauten - Kantonsstrassen (Hochwasserbedingt)	6,2	1,9	9,4
Hochbauten	4,6	18,9	1,5
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	2,4	1,4	2,5

²¹⁾ Darlehen und Beteiligungen

	VA 2007	VA 2006	R 2005
IHG-Darlehen	0,2	0,5	0,1
Stipendien-Darlehen	0,1	0,2	0,1

²²⁾ Eigene Beiträge

Investitionen Eigene Beiträge	VA 2007	VA 2006	R 2005
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr	1,9	2,6	2,3
Gefahrenabwehr Hochwasserbedingt	1,9	3,2	0,9
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	3,5	1,4	0,5
Kantonsbeiträge öffentlicher Verkehr	3,0	3,8	1,9
übrige	0,2	0,3	0,4

²³⁾ *Durchlaufende Beiträge*

Investitionen Durchlaufende Beiträge

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Beiträge an Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr	7,9	9,2	6,5
Beiträge an Gefahrenabwehr Hochwasserbedingt	7,5	7,1	1,3
Beiträge an Wasserverbauungen	13,5	5,9	1,7
Beiträge an öffentlichen Verkehr	0,4	0,6	0,3
Beiträge an Darlehens Fonds Investitionskredite Forst			2,1

²⁴⁾ *Vorfinanzierungen*

Für die Wiederinstandstellung der kantonseigenen Liegenschaften (Kantonsschule/Mehrfachturnhalle) nach der Hochwasserkatastrophe wird für 2007 mit Versicherungsleistungen von 8 Millionen Franken gerechnet. Die effektiven Arbeiten werden jedoch erst in späteren Jahren anfallen. Die 2007 nicht für die Planung der Wiederinstandstellung benötigten Versicherungsleistungen werden als Vorfinanzierung zurückgestellt.

²⁵⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

Investitionen Beiträge für eigene Rechnung

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Bundesbeiträge an Bau der Nationalstrasse	34,6	20,5	27,9
Bundesbeiträge an Wiederinstandstellung Hauptstrassen	3,6	0,4	2,3
Versicherungsleistungen für kantonseigene Hochbauten	8,0	2,5	
übrige Beiträge	2,7	1,1	1,1

35 Kennzahlen

Haushaltsgleichgewicht

Bei den Kennzahlen wird erstmals auch die per 1. Januar 2006 gesetzlich verankerte Ausgabenbremse erhoben. Die Ausgabenbremse ist in Art. 26a des Staatsverwaltungsgesetzes (GDB 130.1) bzw. Art. 4 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) wie folgt definiert:

1. Der vom Kantonsrat genehmigte Voranschlag darf höchstens ein Defizit der Laufenden Rechnung von drei Prozent der veranschlagten Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen aufweisen.
2. Die Investitionsrechnung ist über eine Zeitperiode von fünf Jahren zu 100 Prozent selbstfinanziert; vorbehalten bleiben Investitionen bei grösseren ausserordentlichen Ereignissen.
3. Zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichts bedarf eine Mehrausgabe oder Saldoverschlechterung gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Regierungsrats der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Kantonsrats.

Als Definition für ein grösseres, ausserordentliches Ereignis wurde in der Botschaft zur Ausgabenbremse der Bezug zum Volkseinkommen des Kantons Obwalden gemacht. Sollte ein Ereignis eine finanzielle Auswirkung für den Kanton von mehr als einem Prozent des Volkseinkommens aufweisen, unterliegen diese Ausgaben nicht direkt der Schuldenbremse. Das Volkseinkommen des Kantons Obwalden betrug nun gemäss letzten vorliegenden Information des Bundesamtes für Statistik 1,274 Milliarden Franken (provisorische Zahl für 2004). Die finanziellen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 übertreffen bei weitem ein Prozent des Volkseinkommens. Für den zum Haushaltsgleichgewicht massgebenden Zeitraum sind die Auswirkungen wie folgt.

Bereich	Netto- Aufwand IAFP 2008 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2007 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2006 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand Re 2005 in Mio. Fr.
Führungsstab				0.741
Betrieblicher Strassenunterhalt				2.784
Schäden an kantons-eigenen Hochbauten			0.700	0.000
Bereich Gefahrenabwehr		1.220	0.215	1.724
Ausbezahlte Überstunden				0.190
Auswirkung Laufende Rechnung		1.220	0.915	5.439

Bereich	Netto- Aufwand IAFP 2008 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2007 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2006 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand Re 2005 in Mio. Fr.
Folgekosten Gefahrenabwehr	6.300	1.899	3.200	0.888
Kantonsstrassen :				
Engelbergerstrasse		5.500	0.600	7.707
Melchtalerstrasse		0.150	0.800	1.637
Kernmattstrasse		0.500	0.500	0.000
Beiträge Bund/zb		-3.895	-0.440	-3.287
Landw. Erschliessungen				0.080
Auswirkungen Investitionsrechnung	6.300	4.154	4.660	7.025

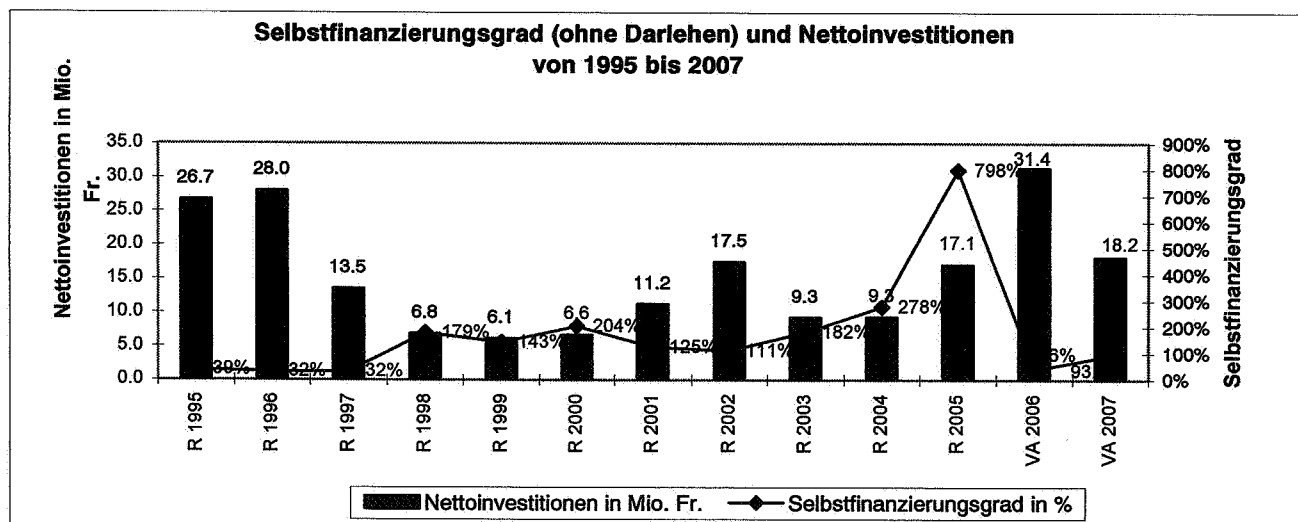
Auswirkungen insgesamt	6.300	5.374	5.575	12.464
-------------------------------	--------------	--------------	--------------	---------------

Diese Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 wirken sich auf die Vorgabe gemäss Ausgabenbremse wie folgt aus:

		Investitionen in 1'000 Fr.	Abschr. in 1'000 Fr.	Ergebnis LR in 1'000 Fr.	Selbst- finanzierung in 1'000 Fr.	Selbst- finanzierung in %
Ausgabenbremse (Gesamtrechnung / ordentliches Ergebnis)	Re 2004	10'098	17'535	11'363	28'898	286.2%
	Re 2005	16'354	15'811	10'163	25'974	158.8%
	VA 2006	31'161	12'883	-147	12'736	40.9%
	VA 2007	18'183	16'685	330	17'015	93.6%
	IAFP 2008	34'718	16'381	396	16'777	48.3%
		110'514	79'295	22'105	101'400	91.8%
Auswirkungen Unwetter- katastrophe 2005 auf Ausgabenbremse	Re 2004					
	Re 2005	7'025		5'439		
	VA 2006	4'660		915		
	VA 2007	4'154		1'220		
	IAFP 2008	6'300				
Ausgabenbremse unter Berücksichtigung Art. 4 Abs. 4 FHV (Unwetterkata- strophe 2005)	Re 2004	10'098	17'535	11'363	28'898	286.2%
	Re 2005	9'329	15'811	15'602	31'413	336.7%
	VA 2006	26'501	12'883	768	13'651	51.5%
	VA 2007	14'029	16'685	1'550	18'235	130.0%
	IAFP 2008	28'418	16'381	396	16'777	59.0%
		88'375	79'295	29'679	108'974	123.3%

Nachdem die Effekte der Hochwasserkatastrophe 2005 berücksichtigt sind, resultiert ein Selbstfinanzierungsgrad von 123 Prozent. Auch die Laufende Rechnung kann für den Voranschlag 2007 Ausgabenbremsen-Konform gehalten werden.

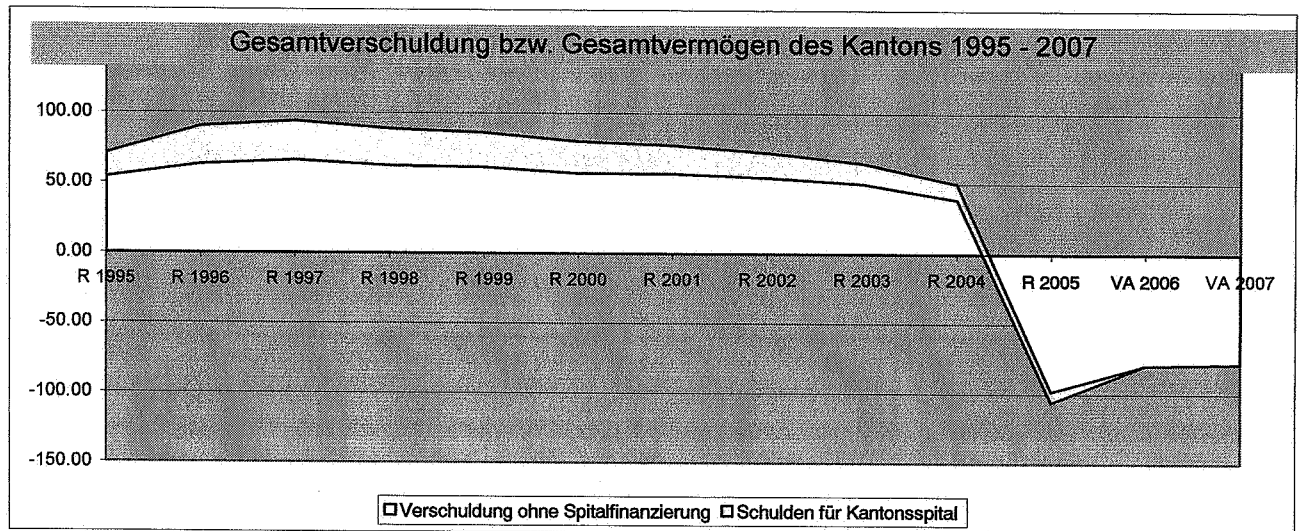
Selbstfinanzierungsgrad



Nachdem das letzte grössere Hochbauprojekt (Neubau Kantonsspital) vor rund zehn Jahren vollendet wurde, wird auch der 2006 begonnene Neubau des BWZ 2007 abgeschlossen werden. Da sowohl etliche anstehende Investitionen in die Gefahrenabwehr erst nach 2008 begonnen als auch die Neu- bzw. Umbauten von Kantonsgebäuden erst in Angriff genommen werden können, kann für 2007 noch ein Selbstfinanzierungsgrad von über 90 Prozent ausgewiesen werden.

Gesamtverschuldung/Gesamtvermögen

Das Gesamtvermögen sinkt infolge eines Selbstfinanzierungsgrades von unter 100 Prozent bzw. des Finanzierungsergebnisses zwischen 2006 und 2007 um 1,2 Millionen Franken.



4. Bericht des Obergerichts zum Gerichtsvoranschlag 2007 sowie zur Finanzplanung 2007 – 2010

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

In Ausführung von Art. 39 und 40 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 32, Art. 35, Art. 36 und Art. 43 Bst. a und b der Verordnung über den Finanzhaushalt vom 25. März 1988 unterbreiten wir Ihnen den Entwurf zum Voranschlag 2007 sowie den Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2010 der Gerichte.

4.1 Gerichtsvoranschlag 2007

Die dem Voranschlag 2007 zugrunde liegenden Rahmenbedingungen, insbesondere die Gewährung einer generellen und individuellen Lohnerhöhung von zusammen 2,2 Prozent sowie die Leistungsprämien von 0,2 Prozent sind mit dem Voranschlag des Regierungsrates abgestimmt.

Der Aufwand der Laufenden Rechnung sowie die Nettoinvestitionen der Gerichte haben sich wie folgt entwickelt:

Artengliederung Laufende Rechnung

	VA 2007	VA 2006	R 2005
	Fr.	Fr.	Fr.
<i>Aufwand</i>			
Personalaufwand	1'614'700.00	1'592'100.00	1'539'211.10
Sachaufwand	428'900.00	342'000.00	433'093.85
Eigene Beiträge	62'000.00	65'000.00	82'245.85
Interne Verrechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>2'213'200.00</u>	<u>2'106'700.00</u>	<u>2'162'150.80</u>
<i>Ertrag</i>			
Entgelte	409'800.00	399'800.00	429'399.40
Interne Verrechnungen			5'068.60
<i>Total Ertrag</i>	<u>409'800.00</u>	<u>399'800.00</u>	<u>434'468.00</u>
Aufwandüberschuss	<u>1'803'400.00</u>	<u>1'706'900.00</u>	<u>1'727'682.80</u>
Nettoinvestitionen	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>

Aus Sicht der Gerichte erscheint bei folgenden Konti eine spezielle Begründung angebracht:

Konto-Nr.	Kontobezeichnung Begründung	VA 2007 Fr.	VA 2006 Fr.
9300.	Kantonsgericht		
318.70	Unentgeltliche Rechtspflege Die Auslagen für die unentgeltliche Rechtspflege sind abhängig von Art und Umfang der Prozesse und der Anzahl prozessbedürftiger Personen. Bei der Budgetierung ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.	80'000.--	50'000.--
318.71	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen. Einsetzung eines höheren Betrages aufgrund des Rechnungsabschlusses 2005.	100'000.--	50'000.--

4.2 Finanzplan 2007 bis 2010

Der vorliegende Finanzplan vermittelt einen Überblick über die bevorstehenden Rechnungsjahre bis 2010. Er ist rechtlich unverbindlich und lässt den Gerichten die Möglichkeit, auf veränderte Gegebenheiten oder Beurteilungen mit den entsprechenden Anpassungen im Rahmen der zu konkretisierenden Voranschläge zu reagieren.

Der Finanzplan als Führungs- und Informationsinstrument erlaubt den Gerichten und dem Kantonsrat, die Finanzpolitik rechtzeitig zu erkennen respektive zu steuern. Der Finanzplan basiert auf Annahmen, die nicht alle durch die Gerichte selbst beeinflusst werden können. Der Finanzplan stellt insbesondere kein eigentliches Mehrjahresbudget dar, sondern er soll die wesentlichen Tendenzen ausweisen, um zeitgerecht entscheiden und handeln zu können. Dies ist für eine verlässliche Finanzpolitik bedeutend.

Die Basis des Finanzplanes der Gerichte bildet der Voranschlag 2007. Aufgrund der Tatsache, dass die Ausgaben mehrheitlich durch den Personalaufwand bestimmt werden, werden die Prognosen vor allem durch die Entwicklung des Stellenplanes beeinflusst. Die generellen Steuerungsparameter des beiliegenden Finanzplanes wurden sodann auf den Finanzplan des Regierungsrates des Kantons Obwalden abgestimmt. Für die für den Finanzplan der Gerichte massgebenden Konten sind dies sodann:

Artengliederung	2007	2008	2009	2010
30 Personalaufwand	gemäss Stellenplan Voranschlag	1,0 %	1,0 %	1,0 %
31/36 Sachaufwand/Eigene Beiträge	keine	teuerungsbedingte	Erhöhung	
43 Entgelte	gemäss Voranschlag	0,8 %	0,8 %	0,8 %

Daraus ergeben sich folgende Beträge:

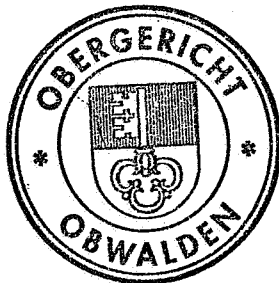
Artengliederung Laufende Rechnung

	VA 2007	Fipla 2008	Fipla 2009	Fipla 2010
<i>Aufwand</i>	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Personalaufwand	1'614'700.00	1'625'000.00	1'635'300.00	1'645'700.00
Sachaufwand	428'900.00	428'900.00	428'900.00	428'900.00
Eigene Beiträge	62'000.00	62'000.00	62'000.00	62'000.00
Interne Verechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00	107'600.00
Total Aufwand	2'213'200.00	2'223'500.00	2'233'800.00	2'244'200.00
<i>Ertrag</i>				
Entgelte	409'800.00	413'900.00	418'000.00	422'200.00
Total Ertrag	409'800.00	413'900.00	418'000.00	422'200.00
Aufwandüberschuss	1'803'400.00	1'809'600.00	1'815'800.00	1'822'000.00
Nettoinvestitionen	0.00	0.00	0.00	0.00

Auf den 1. Januar 2007 wird der revidierte Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches des Bundes zusammen mit dem kantonalen Einführungsgesetz in Kraft treten. Die neue Gesetzgebung ist ziemlich kompliziert und dürfte für die Gerichte eine gewisse Mehrbelastung zur Folge haben. Voraussichtlich um das Jahr 2010 werden auch die zurzeit im eidg. Parlament behandelte schweizerische Strafprozessordnung sowie eine schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft treten. Wie sich diese grundlegenden Änderungen auf die Gerichte auswirken werden, ist heute noch nicht absehbar. Insbesondere können eventuell dadurch bedingte Mehraufwendungen im Personalbereich noch nicht abgeschätzt werden. Das Gleiche gilt hinsichtlich allfälliger Auswirkungen der neuen Steuerstrategie. Es wird deshalb an dieser Stelle auf den Versuch verzichtet, diese Entwicklungen zu quantifizieren.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf den Entwurf des Gerichtsvoranschlags sowie auf den vorliegenden Finanzplan der Gerichte einzutreten und diese zu genehmigen.

Sarnen, 5. September 2006



Für die Gerichte:

Im Namen des Obergerichts:

Der Obergerichtspräsident:
Dr. Andreas Jenhy

Der Gerichtsschreiber:
lic. iur. Lorenz Burch

6. Sep. 2006

**Kantonsratsbeschluss
über die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung
2007 bis 2010 sowie den Staatsvoranschlag 2007**

vom ...

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 40 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹ und Artikel 62 des Kantonsratsgesetzes vom 21. April 2005²,

beschliesst:

1. Von der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 wird mit den Anmerkungen im Anhang zu diesem Beschluss Kenntnis genommen.

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Kantonsrat mit dem nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der Anmerkungen zu informieren.

2. Der Staatsvoranschlag 2007 wird mit folgendem Schlussergebnis verabschiedet:

<i>Laufende Rechnung:</i>	<i>in Fr. 1 000</i>
Aufwand	
Ertrag	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	
Investitionsrechnung:	
Ausgaben	
Einnahmen	
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	
Finanzierung:	
Zunahme Nettoinvestitionen	
Abzüglich Abschreibungen	
Aufwand-/Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	
Finanzierungsfehlbetrag/-überschuss	

Sarnen, ...

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident:
Der Ratssekretär:

¹ GDB 101
² GDB 132.1

Anhang über die Anmerkungen zur Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010

Der Kantonsrat hat bei der Beratung folgende Anmerkungen zum IAFP 2007 bis 2010 des Regierungsrats erheblich erklärt:

<i>Departement/Amt</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Massnahme Regierungsrat</i>	<i>Anmerkung Kantonsrat</i>

